

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telex: 886 846 pbbn  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

## Inhalt

Manfred Opel MdB verdeutlicht die Sinnlosigkeit des deutschen Somalia-Einsatzes nach der Eskalation der Kämpfe in Mogadischu.

Seite 1

Gudrun Schaich-Walch MdB wirft der Bundesregierung am Beispiel der Novellierung des Gentechnikgesetzes Rückschritte unter dem Deckmantel der "Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland" vor.

Seite 2

Klaus Kübler MdB sieht in den pakistanischen Parlamentswahlen eine echte Chance für die Demokratie.

Seite 3

Bernd Reuter MdB empfiehlt "Wandel durch Handel" für eine demokratische Entwicklung in Kuba.

Seite 5

Christa Randzio-Plath MdEP setzt sich für stärkere internationale Kooperation in der Geld- und Währungspolitik zur Vermeidung extremer Schwankungen auf den Finanzmärkten ein.

Seite 6

48. Jahrgang / 191

6. Oktober 1993

### Pulverfaß Somalia

Nicht "neue Soldaten" - eine neue Führung ist gefragt

Von Manfred Opel MdB

Die Geschichte war zu schön, um wahr zu werden: Ein zusammengesuchtes deutsches Kontingent aus Fallschirmjägern, Pionieren und Logistikern zieht nach Somalia, um mit "rein humanitärem Auftrag" (O-Ton Rüge) im fernen Belet Uen eine indische Brigade "in sicherer Umgebung" (Zusage der UNO) militärisch zu unterstützen.

Seit Juli sitzen 1.700 deutsche Freiwillige in ihrem Lager, warten auf die Inder und kosten täglich über eine Million Deutsche Mark!

Jetzt kriecht der Krieg langsam von Mogadischu die Berge hinauf ins Hinterland. Was amerikanische Kampftruppen (nicht Blauhelme!) in Mogadischu anrichteten, trägt in sich den Keim der Eskalation.

Der Bundesregierung fällt zugleich nichts weiter ein, als daß der Außenminister in New York an allen UNO-Zuständigen vorbei seinen indischen Kollegen geradezu flehentlich bittet, jetzt doch einige Soldaten nach Belet Uen zu schicken. Währenddessen begräßen offensichtlich einige nachdenkliche deutsche Generale und Admirale, was ihr oberster Befehlshaber Rüge angerichtet hat. "Nix wie weg" lautet auf einmal die Parole, nachdem Franzosen, Belgier und Italiener sowie möglicherweise auch die US-Kampftruppen sich zurückziehen.

Dabei haben die deutschen Soldaten, mit Ausnahme der Versorgung einiger Italiener, noch keinerlei militärischen Unterstützungsauftrag ausgeführt. Nach den üblichen Einsatzgrundsätzen hätten ohnehin erst die Inder für eine "sichere Umgebung" sorgen müssen, bevor deutsche Logistik-Truppen hätten einrücken dürfen.

Unterdessen schwadroniert der Generalinspekteur schon vom "neuen Soldaten". Unsägliche Vergleiche brechen auf. Was die Bundeswehr dringender bräuchte als einen "neuen Soldaten" ist eine "neue Führung".

(-/6. Oktober 1993/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10, Pressehaus I/217, 53118 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit  
Zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendetes Papier  
hergestellt aus  
100% Recycling-Papier



### **Schlagworte als Alibi für Konzeptionslosigkeit**

**Rückantwort unter dem Deckmantel "Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland"**

**Von Gudrun Schleich-Walch MdB  
Berichterstatterin zum Gentechnikgesetz**

Die wirtschaftspolitische Planlosigkeit der Bundesregierung ist ebenso immens und offenbar wie ihre Bemühungen sie zu bemeistern.

So wird nun schon der Gesundheitsminister dafür eingespannt, die Novellierung des Gentechnikgesetzes als kraftvollen Akt und zugleich als Umsetzung wirtschaftspolitischen Know-hows darzustellen.

Was damit verkauft werden soll, ist die Einführung der Wirtschaftsförderung als Ziel in ein Gesetz, das ursprünglich die Regulierung der neuen Technologie sowie den Schutz von Leben und Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und sonstiger Umwelt bezweckte. Eine tatsächliche Förderung der Industrie oder einen Anspruch darauf beinhaltet diese Zielsetzung jedoch nicht.

Der massive Abbau von Öffentlichkeitsbeteiligung soll ein weiteres Geschenk an Wirtschaft und Forschung sein, könnte sich jedoch als Büchse der Pandora erweisen. Denn dieser Weg wird die Akzeptanz gentechnischer Produkte in der Gesellschaft nicht erhöhen, sondern vorhandenes Mißtrauen verstärken.

Die notwendige und von der SPD geforderte und unterstützte Entrümpelung des Gesetzes von überflüssigem Bürokratismus hätte ausgereicht, Forschung und Wirtschaft den erforderlichen Spielraum im Umgang mit Gentechnik zu gewährleisten und den Dialog über neue Techniken und den erforderlichen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte einen ausgewogenen Änderungsantrag vorgelegt, der die legitimen Interessen von Forschung und Wirtschaft ebenso berücksichtigte, wie die inhaltlichen Bedenken von denen, die die Gentechnik kritisch begleiten oder denen, die ihr ängstlich gegenüberstehen.

Die Straffung der Verfahren unter anderem durch Fristverkürzung, Streichung der Mitwirkung der Zentralen Kommission für Sicherheit bei Verfahren der Sicherheitsstufe 1 und der Sicherheitsstufe 2, wenn vergleichbare Arbeiten schon vorliegen, sowie die Zusammenfassung von inhaltlich zusammenhängenden Arbeiten zu einem Projekt in einem Anmelde- beziehungsweise Genehmigungsverfahren waren unsere Vorschläge.

Daneben unterbreiteten wir Vorschläge für ein Mehr an Transparenz. Neben dem Erhalt der Öffentlichkeitsbeteiligung sollte ein bundesweites, jedem zugängliches Register geschaffen werden, das Angaben über alle angemeldeten oder genehmigten Arbeiten ab Sicherheitsstufe 2 aufwärts oder Freisetzen enthält.

Was die Regierung als Förderung des Wirtschaftsstandorts Deutschland versteht, wird hingegen aus dem vorgelegten Haushaltsplan 1994 für die Forschung sehr deutlich. So werden die Gelder für die Forschung und Entwicklung der Biotechnologie real gekürzt. Und dies geschieht obwohl internationale Erfahrungen belegen, daß die Regulationspraxis der Gentechnologie keinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Entscheidung über den Standort für gentechnische Produktionsbetriebe hat, sondern entscheidend die Nähe zu führenden Wissenszentren und die Planungssicherheit ist.

Wir werden erleben, daß die Regierung, die Wahl 1994 im Nacken, alle Ressorts einspannen wird, um ihr wirtschaftspolitisches Image aufzupolieren. Unter dem Deckmantel "Sicherung des Wirtschaftsstandorts" ist zu erwarten, daß Dinge durchgesetzt werden sollen, die unser politi

sches Klima zerstören. Schließlich war das bisherige Gentechnikgesetz mit Öffentlichkeitsbeteiligung ein Gesetz der Koalition, bei dem sie immerhin noch um den gesellschaftlichen Konsens und die unterschiedlichen Interessen bemüht war.

Weitere "Opfer" für den Wirtschaftsstandort deuten sich an:

- Genetischer Fingerabdruck als StandardEinstellungsuntersuchung für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Streichung von Urlaubstagen für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Kürzung des Kindergeldes für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Streichung des Schlechtwettergeldes für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Verhinderung einer solidarischen Pflegeversicherung für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Erhalt der Atomenergie für den Wirtschaftsstandort Deutschland

und vieles weiteres mehr.

Was dahinter steckt ist der erbarmungslose Abbau von Schutzgesetzen für Arbeitnehmer und Bevölkerung und die Umverteilung der Lasten von oben nach unten. Mit diesen "Konzepten" zur Wirtschaftsförderung wird die Bundesregierung in den Wahlkampf ziehen. Es ist die Aufgabe der SPD, diese Verschleierungstaktik aufzudecken und sich ihr entgegenzustellen.

(-/6. Oktober 1993/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Echte demokratische Chance** **Zu den bevorstehenden Parlamentawahlen in Pakistan**

**Von Dr. Klaus Kübler MdB**

Nach dem vorzeitigen Rücktritt des pakistanischen Staatspräsidenten Khan und der vorzeitigen Auflösung des Parlaments finden heute, den 6. Oktober 1993, in Pakistan Parlamentswahlen statt.

Bei diesen Parlamentswahlen geht es entscheidend darum, ob nach zwei demokratischen Anläufen 1988 und 1990, die man beide letztlich als gescheitert ansehen muß, diesmal demokratische Wahlen stattfinden werden und Parlament und die vom Parlament gewählte neue Regierung eine volle Legislaturperiode im Amt bleiben werden. Mit anderen Worten, es geht darum, ob beim dritten Anlauf der Demokratie-Prozeß in Pakistan eine echte Chance bekommt.

Der erste Anlauf scheiterte, als der damalige Präsident die Regierung von Frau Benazir Bhutto im Sommer 1990 wegen angeblicher Mißwirtschaft und Korruption nach nur 18monatiger Regierungszeit entließ, das Parlament auflöste und Neuwahlen ausschrieb. Die Neuwahlen 1990 brachten einen Sieg der konservativen Muslim-Liga und eine deutliche Niederlage für die Pakistan People Party (PPP), eine eher progressive Partei unter der Führung von Frau Benazir Bhutto. Neuer Ministerpräsident wurde Anwar Sharif, dem es, obwohl er aus der Wirtschaft kam, nicht gelang, auch nur annähernd die wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Schwierigkeiten des Landes zu meistern.

**Schlagworte als Alibi für Konzeptionslosigkeit**  
**Rückschritt unter dem Deckmantel "Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland"**

**Von Gudrun Schaich-Walch MdB**  
**Berichterstatterin zum Gentechnikgesetz**

Die wirtschaftspolitische Planlosigkeit der Bundesregierung ist ebenso immens und offenbar wie ihre Bemühungen sie zu bemänteln.

So wird nun schon der Gesundheitsminister dafür eingespannt, die Novellierung des Gentechnikgesetzes als kraftvollen Akt und zugleich als Umsetzung wirtschaftspolitischen Know-hows darzustellen.

Was damit verkauft werden soll, ist die Einführung der Wirtschaftsförderung als Ziel in ein Gesetz, das ursprünglich die Regulierung der neuen Technologie sowie den Schutz von Leben und Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und sonstiger Umwelt bezweckte. Eine tatsächliche Förderung der Industrie oder einen Anspruch darauf beinhaltet diese Zielsetzung jedoch nicht.

Der massive Abbau von Öffentlichkeitsbeteiligung soll ein weiteres Geschenk an Wirtschaft und Forschung sein, könnte sich jedoch als Büchse der Pandora erweisen. Denn dieser Weg wird die Akzeptanz gentechnischer Produkte in der Gesellschaft nicht erhöhen, sondern vorhandenes Mißtrauen verstärken.

Die notwendige und von der SPD geforderte und unterstützte Entrümpelung des Gesetzes von überflüssigem Bürokratismus hätte ausgereicht, Forschung und Wirtschaft den erforderlichen Spielraum im Umgang mit Gentechnik zu gewährleisten und den Dialog über neue Techniken und den erforderlichen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte einen ausgewogenen Änderungsantrag vorgelegt, der die legitimen Interessen von Forschung und Wirtschaft ebenso berücksichtigte, wie die inhaltlichen Bedenken von denen, die die Gentechnik kritisch begleiten oder denen, die ihr ängstlich gegenüberstehen.

Die Straffung der Verfahren unter anderem durch Fristverkürzung, Streichung der Mitwirkung der Zentralen Kommission für Sicherheit bei Verfahren der Sicherheitsstufe 1 und der Sicherheitsstufe 2, wenn vergleichbare Arbeiten schon vorliegen, sowie die Zusammenfassung von inhaltlich zusammenhängenden Arbeiten zu einem Projekt in einem Anmelde- beziehungsweise Genehmigungsverfahren waren unsere Vorschläge.

Daneben unterbreiteten wir Vorschläge für ein Mehr an Transparenz. Neben dem Erhalt der Öffentlichkeitsbeteiligung sollte ein bundesweites, jedem zugängliches Register geschaffen werden, das Angaben über alle angemeldeten oder genehmigten Arbeiten ab Sicherheitsstufe 2 aufwärts oder Freisetzungen enthält.

Was die Regierung als Förderung des Wirtschaftsstandorts Deutschland versteht, wird hingegen aus dem vorgelegten Haushaltsplan 1994 für die Forschung sehr deutlich. So werden die Gelder für die Forschung und Entwicklung der Biotechnologie real gekürzt. Und dies geschieht obwohl internationale Erfahrungen belegen, daß die Regulationspraxis der Gentechnologie keinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Entscheidung über den Standort für gentechnische Produktionsbetriebe hat, sondern entscheidend die Nähe zu führenden Wissenszentren und die Planungssicherheit ist.

Wir werden erleben, daß die Regierung, die Wahl 1994 im Nacken, alle Ressorts einspannen wird, um ihr wirtschaftspolitisches Image aufzupolieren. Unter dem Deckmantel "Sicherung des Wirtschaftsstandorts" ist zu erwarten, daß Dinge durchgesetzt werden sollen, die unser politi-

...schee Klima zu erleben. Schließlich war das bestehende Gentechnikrecht ...



**Schlagworte als Alibi für Konzeptionslosigkeit**

**Rückschritt unter dem Deckmantel "Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland"**

**Von Gudrun Schleich-Walch MdB  
Berichterstatterin zum Gentechnikgesetz**

Die wirtschaftspolitische Planlosigkeit der Bundesregierung ist ebenso immens und offenbar wie ihre Bemühungen sie zu bemänteln.

So wird nun schon der Gesundheitsminister dafür eingespannt, die Novellierung des Gentechnikgesetzes als kraftvollen Akt und zugleich als Umsetzung wirtschaftspolitischen Know-hows darzustellen.

Was damit verkauft werden soll, ist die Einführung der Wirtschaftsförderung als Ziel in ein Gesetz, das ursprünglich die Regulierung der neuen Technologie sowie den Schutz von Leben und Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen und sonstiger Umwelt bezweckte. Eine tatsächliche Förderung der Industrie oder einen Anspruch darauf beinhaltet diese Zielsetzung jedoch nicht.

Der massive Abbau von Öffentlichkeitsbeteiligung soll ein weiteres Geschenk an Wirtschaft und Forschung sein, könnte sich jedoch als Büchse der Pandora erweisen. Denn dieser Weg wird die Akzeptanz gentechnischer Produkte in der Gesellschaft nicht erhöhen, sondern vorhandenes Mißtrauen verstärken.

Die notwendige und von der SPD geforderte und unterstützte Entrümpelung des Gesetzes von überflüssigem Bürokratismus hätte ausgereicht, Forschung und Wirtschaft den erforderlichen Spielraum im Umgang mit Gentechnik zu gewährleisten und den Dialog über neue Techniken und den erforderlichen gesellschaftlichen Konsens herbeizuführen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte einen ausgewogenen Änderungsantrag vorgelegt, der die legitimen Interessen von Forschung und Wirtschaft ebenso berücksichtigte, wie die inhaltlichen Bedenken von denen, die die Gentechnik kritisch begleiten oder denen, die ihr ängstlich gegenüberstehen.

Die Straffung der Verfahren unter anderem durch Fristverkürzung, Streichung der Mitwirkung der Zentralen Kommission für Sicherheit bei Verfahren der Sicherheitsstufe 1 und der Sicherheitsstufe 2, wenn vergleichbare Arbeiten schon vorliegen, sowie die Zusammenfassung von inhaltlich zusammenhängenden Arbeiten zu einem Projekt in einem Anmelde- beziehungsweise Genehmigungsverfahren waren unsere Vorschläge.

Daneben unterbreiteten wir Vorschläge für ein Mehr an Transparenz. Neben dem Erhalt der Öffentlichkeitsbeteiligung sollte ein bundesweites, jedem zugängliches Register geschaffen werden, das Angaben über alle angemeldeten oder genehmigten Arbeiten ab Sicherheitsstufe 2 aufwärts oder Freisetzungen enthält.

Was die Regierung als Förderung des Wirtschaftsstandorts Deutschland versteht, wird hingegen aus dem vorgelegten Haushaltsplan 1994 für die Forschung sehr deutlich. So werden die Gelder für die Forschung und Entwicklung der Biotechnologie real gekürzt. Und dies geschieht obwohl internationale Erfahrungen belegen, daß die Regulationspraxis der Gentechnologie keinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Entscheidung über den Standort für gentechnische Produktionsbetriebe hat, sondern entscheidend die Nähe zu führenden Wissenszentren und die Planungssicherheit ist.

Wir werden erleben, daß die Regierung, die Wahl 1994 im Nacken, alle Ressorts einspannen wird, um ihr wirtschaftspolitisches Image aufzupolieren. Unter dem Deckmantel "Sicherung des Wirtschaftsstandorts" ist zu erwarten, daß Dinge durchgesetzt werden sollen, die unser politi

sches Klima zerstören. Schließlich war das bisherige Gentechnikgesetz mit Öffentlichkeitsbeteiligung ein Gesetz der Koalition, bei dem sie immerhin noch um den gesellschaftlichen Konsens und die unterschiedlichen Interessen bemüht war.

Weitere "Opfer" für den Wirtschaftsstandort deuten sich an:

- Genetischer Fingerabdruck als Standard Einstellungsuntersuchung für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Streichung von Urlaubstagen für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Kürzung des Kindergeldes für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Streichung des Schlechtwettergeldes für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Verhinderung einer solidarischen Pflegeversicherung für den Wirtschaftsstandort Deutschland
- Erhalt der Atomenergie für den Wirtschaftsstandort Deutschland

und vieles weiteres mehr.

Was dahinter steckt ist der erbarmungslose Abbau von Schutzgesetzen für Arbeitnehmer und Bevölkerung und die Umverteilung der Lasten von oben nach unten. Mit diesen "Konzepten" zur Wirtschaftsförderung wird die Bundesregierung in den Wahlkampf ziehen. Es ist die Aufgabe der SPD, diese Verschleierungstaktik aufzudecken und sich ihr entgegenzustellen.

(-/6. Oktober 1993/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Echte demokratische Chance**

**Zu den bevorstehenden Parlamentswahlen in Pakistan**

**Von Dr. Klaus Kübler MdB**

Nach dem vorzeitigen Rücktritt des pakistanischen Staatspräsidenten Khan und der vorzeitigen Auflösung des Parlaments finden heute, den 6. Oktober 1993, in Pakistan Parlamentswahlen statt.

Bei diesen Parlamentswahlen geht es entscheidend darum, ob nach zwei demokratischen Anläufen 1988 und 1990, die man beide letztlich als gescheitert ansehen muß, diesmal demokratische Wahlen stattfinden werden und Parlament und die vom Parlament gewählte neue Regierung eine volle Legislaturperiode im Amt bleiben werden. Mit anderen Worten, es geht darum, ob beim dritten Anlauf der Demokratie-Prozess in Pakistan eine echte Chance bekommt.

Der erste Anlauf scheiterte, als der damalige Präsident die Regierung von Frau Benazir Bhutto im Sommer 1990 wegen angeblicher Mißwirtschaft und Korruption nach nur 18monatiger Regierungszeit entließ, das Parlament auflöste und Neuwahlen ausschrieb. Die Neuwahlen 1990 brachten einen Sieg der konservativen Muslim-Liga und eine deutliche Niederlage für die Pakistan People Party (PPP), eine eher progressive Partei unter der Führung von Frau Benazir Bhutto. Neuer Ministerpräsident wurde Arwar Sharif, dem es, obwohl er aus der Wirtschaft kam, nicht gelang, auch nur annähernd die wirtschaftlichen, sozialen und bildungspolitischen Schwierigkeiten des Landes zu meistern.

Hinzu kam, und das war letztlich entscheidend, ein harter Machtkampf zwischen Sharif und dem Präsidenten, weil Sharif nicht ganz zu Unrecht die weitgehenden Befugnisse des Präsidenten beschneiden wollte. Letztlich zog Sharif den Kürzeren. Präsident Khan entließ im Frühjahr 1993 den Premierminister Sharif wegen Unfähigkeit und Korruption, löste das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus.

Sharif, der vor dem obersten Gerichtshof dagegen Klage erhob, wurde vom obersten Gerichtshof Pakistans ebenso wie das Parlament wieder in seine Funktionen eingesetzt. Sharif hatte auch seinen Kredit in der Wirtschaft weitgehend aufgebraucht, ebenso in der Armee und bei den Fundamentalisten.

Wenige Monate nach Wiedereinsetzung Sharifs durch das Parlament, zog Präsident Khan die Notbremse, erklärte seinen Rücktritt und löste damit auch das Parlament auf.

Benazir Bhutto und die PPP hatten sich von Anfang an an dem Machtkampf zwischen Sharif und Khan in sehr geschickter Weise beteiligt und auf Neuwahlen zugearbeitet. Benazir Bhutto hatte immer behauptet, daß die letzten Parlamentswahlen gefälscht wären und hatte deshalb von Anfang an für Neuwahlen gekämpft. Insofern hatte sie mit der Auflösung des Parlaments im Grunde ihr Ziel, nämlich Neuwahlen, erreicht.

Die Vorbereitung der Parlamentswahlen verläuft nach übereinstimmender Meinung korrekt. Die Übergangsregierung hat sich nach vorliegenden Informationen "sehr bewährt". Pakistan hat danach noch nie unter einer so guten Regierung gestanden. Die Übergangsregierung hatte sich vier Hauptaufgaben gestellt: Das Haushaltsdefizit anzugehen, die Inflation zu bekämpfen, die Außenhandelsbilanz zu verbessern und die Besteuerung von landwirtschaftlichem Einkommen. Letzteres betrifft etwa 10.000 Großgrundbesitzer. Viele Politiker und Industrielle ("fast alle") haben Schulden bei der pakistanischen Staatsbank, die sich teilweise auf 20 bis 30 Milliarden DM belaufen. Wer seine Schulden nicht bezahlt, darf nicht an der Wahl teilnehmen. Es soll eine "Schulden-Liste" veröffentlicht werden.

Die Übergangsregierung setzt sich für freie und faire Wahlen ein, die Armee soll diese sichern. Insgesamt nehmen etwa 30 europäische Wahlbeobachter, davon fünf aus Deutschland - vom Auswärtigen Amt entsandt - teil. Die Wahlvoraussetzungen sind günstig, die Parteien haben freie Bewegungsmöglichkeit und Zugang zu den Medien.

Als Ergebnis wird ein (knapper) Sieg von Benazir Bhutto erwartet, aber keine absolute Mehrheit. Deshalb wird sie eine Koalition mit Unabhängigen eingehen müssen. Sharif scheint keine Chance zu haben.

(-/6. Oktober 1993/hgs/ks)

\*\*\*\*\*



**Wandel durch Handel**  
**US-Embargo liefert Castro Begründung für miserable Wirtschaftslage**

Von Bernd Reuter MdB

Großes Interesse an Investitionen aus der EG hat der kubanische Botschafter, Rodney López Clemente, bei einem Treffen mit den hessischen SPD-Abgeordneten in der Vertretung des Landes Hessen gezeigt. López Clemente, der von dem 1. Botschaftssekretär, Juan D. Castro Martínez, und von Botschaftsrat Alfredo León Álvarez begleitet wurde, schilderte die wirtschaftlichen Probleme in seinem Land, die er vor allem auf die Folgen des Zusammenbruchs der kommunistischen Systeme in Osteuropa und auf das - jüngst von Präsident Clinton verlängerte - US-amerikanische Handelsembargo zurückführte.

Der Botschafter erklärte, daß sein Land die Erdölförderung ausbauen wolle. Kanadier und Franzosen hätten bereits im Erdölsektor investiert, es würden, so López Clemente, aber noch weitere Investitionen benötigt. Mit der Erdölförderung sowie mit Solarenergie und Energie aus Biomasse (Zucker) wolle man zunächst versuchen, den eigenen Energiebedarf zu decken. Ziel sei es aber, später auch ins Ausland zu exportieren.

Das wichtigste Standbein der kubanischen Wirtschaft ist nach den Aussagen des Botschafters nach wie vor der Tourismus. Auch hier würden weitere ausländische Investitionen gewünscht, da dieser Sektor noch stärker ausgebaut werden soll. Der Botschafter betonte, daß es für ausländische Investoren jetzt sogar möglich sei, Anteile von über 50 Prozent zu erwerben.

Die Werbung des Botschafters um europäische Investitionen ist natürlich vor dem Hintergrund der sich seit einigen Monaten entwickelnden wirtschaftlichen Reformen zu sehen, zu der sich Fidel Castro angesichts der katastrophalen Versorgungslage in seinem Land gezwungen sah. Bereits im Juli hatte der Präsident den Besitz von US-Dollar legalisiert, Besuche von Exilkubanern ermöglicht und ausländische Investitionen erleichtert.

Anfang September unternahm die sozialistische Inselrepublik einen neuen Schritt hin zu einer gemischten Wirtschaft. 100 Berufsgruppen wie Taxifahrer, Handwerker und Computerprogrammierer dürfen künftig auf eigene Rechnung arbeiten. Damit schlichtete die Regierung eine weitere heilige Kuh der zentralistischen Planwirtschaft. Der Sachzwang hat dazu geführt, daß Castros berühmtes Diktat "Sozialismus oder Tod" seine Geltung verliert. Es scheint sich jetzt eine Linie à la China durchzusetzen, mit der man hofft das politische System zu erhalten.

Das Fazit für die europäische Politik muß sein: Keine Zusammenarbeit, die als Unterstützung der Diktatur verstanden werden könnte. Dringen auf die Respektierung der Menschenrechte, auf Freilassung der politischen Gefangenen und auf Demokratisierung. Aber auch: sich offen zeigen für eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Das US-Embargo liefert dem Diktator Castro nur eine willkommene Begründung für die wirtschaftliche Lage.

"Wandel durch Handel" hieß die Devise für die Wirtschaftsbeziehungen zu den früheren Ostblockstaaten, "Wandel durch Handel" heißt die Devise gegenüber China - warum nicht auch gegenüber Kuba?

(-/6. Oktober 1993/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Fighting against speculations**

**Zum Hearing des Europäischen Parlaments "Bekämpfung von Spekulation mit Hilfe internationaler Kooperationen"**

**Von Christa Randzio-Plath MdEP**

**Vorsitzende des Unterausschusses Währung im Europäischen Parlament**

Das Anwachsen internationaler Finanztransaktionen, Finanzmarktinnovationen und die zunehmende Deregulierung der internationalen Kapitalmärkte haben Auswirkungen auf die Spielräume nationaler Geldpolitiken und die Stabilität von Festkurssystemen. Die Krisen des EMS im September 1992 und August 1993 wurden jeweils durch umfangreiche Währungsspekulationen ausgelöst, die nicht in jedem Fall durch ökonomische Grunddaten geschützt wurden. Vor diesem Hintergrund brauchen wir Instrumente und Strategien, die sowohl freie Kapitalmärkte in der EG und international sichern und gleichzeitig Währungsstabilität ermöglichen. Unerwünschte spekulative Geld- und Kapitalbewegungen zwischen verschiedenen Währungen müssen zumindest mit schärferen Eigenkapitalanforderungen für offene Devisenpositionen angegangen werden. Diese müssen von Banken auch auf andere Marktteilnehmer ausgelehnt werden. Zur Verminderung der Geldschöpfungsmöglichkeiten der Banken sind internationale Mindestreservesätze vorzuschreiben.

Eine stärkere internationale Kooperation in der Geld- und Währungspolitik kann und muß dazu beitragen, wilde Schwankungen auf den Finanzmärkten zu verhindern. Grundlage ist eine auf Preisstabilität ausgerichtete Geldpolitik. So können Preisblasenbildungen auf Immobilien- und Finanzmärkten verhindert werden. Die Geldpolitik ist allerdings nur ein Teil des policy-mix, der in allen EG-Staaten nicht ausgewogen ist und dringend erreicht werden muß. Folgende Vorschläge wären näher zu prüfen:

- Eine Devisenhandelsumsatzsteuer, die bei Devisenmarktgeschäften für reale Grundgeschäfte wie zum Beispiel Warenlieferungen von der Mehrwertsteuerschuld der Unternehmen wieder abgezogen werden könnte.
- Die Unterlegung offener Devisenpositionen mit Eigenkapital wie bei Banken, gestaffelt nach Fristigkeit, um kurzfristige Geschäfte zu verteuern.

Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob reine Spekulationsgeschäfte genau definiert und verboten werden können. Umgehungsgeschäfte dürften jedoch kaum zu verhindern sein, da bei einem regional begrenzten Verbot der Handel auf Offshore-Plätze ausweichen würde. Der bürokratische Aufwand für die Kontrolle und Durchsetzung eines solchen Verbotes wäre ohnehin zu groß. Ähnliche Ausweichreaktionen der internationalen Anleger sind bei Kapitalverkehrskontrollen, auch gegenüber Drittländern zu erwarten. Sie sind somit zwecklos.

(-/6. Oktober 1993/ru/ks)

\*\*\*\*\*